

<b>G R E M I U M :</b>	<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>
<b>SITZUNG AM :</b>	<b>26. Januar 2023</b>
<b>T O P :</b>	<b>4.4.</b>
<b>V O R L A G E :</b>	<b>0051/2023</b>
<b>BERATUNGSGEGENSTAND :</b>	<b>Errichtung Wertstoffhof im Bereich an der Donnerkuhle</b>

### Beschlussvorschlag:

Ausgehend von dem gültigen Abfallwirtschaftskonzept stellt die Verwaltung den zuständigen Ausschüssen und dem Rat der Stadt ihr neues Konzept zum Ausbau der Wertstoffhöfe und die sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die Abfallgebühren zur Beschlussfassung dar.

Dabei sind auch das inhaltliche Konzept, die geplanten Öffnungszeiten und die erforderliche Personalbesetzung darzustellen.

### Begründung:

Das derzeit gültige Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Hagen enthält folgende Regelung:

#### **5.2.3 Ausbau Wertstoffhof/Prüfung weiterer möglicher Standorte**

Derzeit gibt es in Hagen fünf Annahmestellen für Abfälle und Wertstoffe. Die HEB GmbH plant den Ausbau und die Optimierung des Wertstoffhofs an der MVA zu einem großen zentralen Wertstoffhof. Mit dieser Einrichtung werden die Ziele:

- verbesserte Wertstoffeffassung (Sortenreinheit),
- Dezentralisierung der Wertstoffeffassung im Bringsystem und
- Steigerung der Bürgerfreundlichkeit durch zusätzliche Angebote verfolgt.

Darüber hinaus werden zusätzliche Standorte unter abfall- und betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geprüft, an denen potenziell weitere Annahmestellen errichtet werden könnten.

Die Bedeutung der Bringsysteme für die Wertstofffassung nimmt vor dem Hintergrund einer stärker werdenden Beraubung von Sperrmüll und Elektroaltgeräten zu. Nur hier kann auf bestimmte Entwicklungen zeitnah reagiert werden und die sortenreine Abgabe von z. B. großen Kunststoffteilen ermöglicht werden. Ein effizienter Wertstoffhof hat daher Einfluss auf Qualität und Menge der Abfallströme.

Die Errichtung des Wertstoffhofes bringt folgende Vorteile mit sich:

- Erfassung von Grünabfällen kann intensiviert werden/Steigerung der Grünabfallquote
- Steigerung der Erfassungsquote von Sperrmüll
- Steigerung der separaten stoffstromspezifischen Erfassung von Wertstoffen
- Verbesserung der Erreichbarkeit von Abgabemöglichkeiten
- Steigerung der Bürgerfreundlichkeit
- Verringerung der Wartezeiten
- Kürzere Anfahrten, dadurch Reduzierung von Abgasemissionen und Erhöhung der Klimafreundlichkeit
- Beraubung entgegenwirken

Angesichts dieser Ausgangslage hält es die SPD-Fraktion für erforderlich, dass eine beabsichtigte Änderung bzw. Ergänzung des Abfallwirtschaftskonzepts zunächst politisch beraten und entschieden werden muss, ob und in welchem Umfang das Konzept umgesetzt werden kann.

Vorher sind weitere kostenträchtige Maßnahmen (Gutachten, Planungsaufträge u. a.) nicht durchzuführen.

2

Angesichts der allein durch die Energiekrise erneut deutlich gestiegenen Belastungen der privaten Haushalte im Bereich der „Zweiten Miete“ ist abzuwägen ob und in welchem Umfang zusätzliche Belastungen durch Steigerungen der Abfallgebühr vertretbar bzw. zumutbar sind.

Die SPD-Fraktion behält sich vor auf der Grundlage des Berichts Anträge zu stellen.



Claus Rudel